

Mitteilungsblatt Nr. 227

**Satzung der Hochschule Lausitz (FH) über das
Verfahren der Vergabe von Leistungsbezügen
(Hochschulleistungsbezügesatzung – HLeistBS)**

Der Präsident
22.03.2012

**Satzung der Hochschule Lausitz (FH) über das Verfahren der Vergabe von
Leistungsbezügen (Hochschulleistungsbezügesatzung – HLeistBS)**

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung regelt die Vergabe von Leistungsbezügen im Sinne der §§ 33 BbesG; 2a BbgBesG sowie der Forschungs- und Lehrzulagen im Sinne des 2a Abs. 9 BbgBesG an Inhaber von Ämtern der Besoldungsgruppe W 2 und W 3 an der Hochschule Lausitz (FH).
- (2) Die Satzung wird auf der Grundlage der Verordnung über Leistungsbezüge sowie Forschungs- und Lehrzulagen für Professoren und hauptamtliche Hochschulleitungen im Bereich des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (Hochschulleistungsbezügeverordnung – HLeistBV) vom 23. März 2005 erlassen.
- (3) Mit Professoren können Angestellten- oder Beamtenverhältnisse begründet werden (§ 41 Abs. 1 BbgHG). Wird ein Angestelltenverhältnis begründet sollen die nachfolgenden Paragraphen, soweit allgemeine dienst- oder haushaltsrechtliche Regelungen nicht entgegenstehen angewendet werden.
- (4) Die in dieser Satzung verwendeten Funktions-, Status- und anderen Bezeichnungen gelten für Männer und Frauen.

§ 2

Berufungs-, Bleibe-Leistungsbezüge

- (1) Aus Anlass von Berufungs- und Bleibeverhandlungen können Leistungsbezüge gewährt werden, soweit dies erforderlich ist, um einen Professor für die Hochschule zu gewinnen (Berufungs-Leistungsbezüge) oder zum Verbleiben an der Hochschule zu bewegen (Bleibe-Leistungsbezüge).
- (2) Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge können befristet oder unbefristet vergeben werden. Befristet gewährte Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge werden für den Zeitraum von bis zu fünf Jahren vergeben. Für den Bewilligungszeitraum können mit den Professoren Zielvereinbarungen abgeschlossen werden.

§ 3

Besondere Leistungsbezüge

- (1) Leistungsbezüge können gewährt werden aufgrund besonderer Leistungen in den Bereichen Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung oder Nachwuchsförderung, die erheblich über dem Durchschnitt liegen und in der Regel über mehrere Jahre erbracht werden müssen.
- (2) Besondere Leistungen in der Forschung können u.a. nachgewiesen werden durch
 - herausragendes internationales Engagement in Wissenschaft und Forschung,

- das besondere Engagement bei der Bildung von Forschungsschwerpunkten, beim Wissenschaftstransfer einschließlich Existenzgründungen und Erfinderverwertungen und bei der Anbahnung von Kooperationen mit Unternehmen,
- einen besonders hohen Anteil an Drittmitteln und Sponsorenmitteln,
- Publikationen und Vortragstätigkeiten,
- unentgeltliche Gutachtertätigkeiten,
- wissenschaftliche Preise und Auszeichnungen.

(3) Besondere Leistungen in der Lehre können u.a. nachgewiesen werden durch

- das besondere Engagement bei Studienreformangelegenheiten, bei der Entwicklung innovativer Studiengänge, beim Fernstudium und bei der Qualitätssicherung,
- das herausragende Engagement bei der Betreuung und Integration ausländischer Studierender sowie beim internationalen Austausch,
- das überdurchschnittliche Engagement bei der Kooperation mit anderen Hochschulen, mit Schulen sowie mit Einrichtungen von Wissenschaft, Kultur und Praxis,
- einen herausragend hohen Anteil an Weiterbildungseinnahmen,
- herausragende Ergebnisse der Lehrevaluation (extern und intern),
- Vorbereitung, Einführung und Weiterentwicklung herausragender methodischer Lehrkonzepte.

(4) Besondere Leistungen in der Kunst können insbesondere nachgewiesen werden durch

- herausragende Konzerte, Ausstellungen, Aufführungen und künstlerisches Entwicklungsvorhaben und Projekte die im Zusammenhang mit der Hochschule stehen,
- die Mitarbeit in Juries angesehener Wettbewerbe,
- herausragende Preise und Auszeichnungen.

(5) Besondere Leistungen in der Weiterbildung können insbesondere nachgewiesen werden durch

- das besondere Engagement bei der Entwicklung und Durchführung innovativer Weiterbildungsangebote,
- besondere Lehrerfolge und Lehrtätigkeiten, die über die gesetzlichen Lehrverpflichtungen einschließlich der vom Lehrdeputat umfassten Weiterbildung hinaus geleistet werden.

(6) Besondere Leistungen in der Nachwuchsförderung können insbesondere nachgewiesen werden durch

- überdurchschnittliches Engagement bei der Betreuung Studierender, Hochbegabter und Absolventen und des künstlerischen und wissenschaftlichen Nachwuchses,
- Entwicklung und Durchführung von wissenschaftlichen Nachwuchsprogrammen.

(7) Besondere Leistungen können auch durch überdurchschnittliches Engagement bei der Gleichstellung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nachgewiesen werden.

(8) Das Einbringen von Dritt- und Sponsorenmitteln kann nur berücksichtigt werden, soweit nicht aus demselben Anlass eine Forschungs- und Lehrzulage nach § 5 gewährt wird.

- (9) Besondere Leistungsbezüge können als Einmalzahlung oder als monatliche Zahlungen für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren vergeben werden. Die Gewährung der Leistungsbezüge sind ganz oder teilweise zu widerrufen, wenn die Leistungen erheblich abfallen.

§ 4 **Funktions-Leistungsbezüge**

- (1) Für die Dauer der Wahrnehmung ihrer Aufgaben erhalten:

1. der Präsident und die hauptamtlichen Vizepräsidenten Funktions-Leistungszulagen gem. § 4 Abs. 1 und 2 HLeistBV,
2. die nebenamtlichen Vizepräsidenten Funktions-Leistungsbezüge gem. § 4 Abs. 1 Nr. 3 HLeistBV.

- (2) Gemäß § 5 Abs. 1 und 2 Nr. 1-6 HLeistBV können Funktions-Leistungsbezüge für das Amt

2.1 Vorsitzender des Senats	in Höhe von 4 von Hundert
2.2 Dekan	in Höhe von 8 von Hundert
Ab 20 Studierende für das Amt:	
2.3 Studiendekan	in Höhe von 6 von Hundert
2.4 Vorsitzender des Prüfungsausschusses	in Höhe von 4 von Hundert
2.5 Beauftragter für praktische Studienphasen	in Höhe von 2 von Hundert

des im Jahr seiner Wahl, Ernennung bzw. Bestellung maßgeblichen Grundgehaltes der Besoldung aus der Besoldungsgruppe W 3 gewährt werden.

Bei der Bemessung der Funktions-Leistungsbezüge ist eine etwaige Ermäßigung der Lehrverpflichtung zu berücksichtigen.

- (3) Funktions-Leistungsbezüge werden als Monatsbeiträge gewährt.
- (4) Funktions-Leistungsbezüge gem. Abs. 1 Nr. 1 nehmen an den allgemeinen Besoldungsanpassungen teil.
- (5) Hat eine Fakultät zum Stichtag 01/10 eines Jahres mehr als 1000 Studierende, erhöhen sich die Funktions-Leistungsbezüge des Dekans (Abs. 2 Nr. 2) um 2 von Hundert des im Jahr seiner Wahl maßgeblichen Grundgehaltes der Besoldung aus der Besoldungsgruppe W 3.
- (6) Hat ein Studiengang zum Stichtag 01/10 eines Jahres mehr als 250 Studierende, erhöhen sich die Funktions-Leistungsbezüge der Inhaber der Ämter des Abs. 2 Nr. 3-5 um jeweils 1 von Hundert des im Jahr ihrer Wahl, Ernennung bzw. Bestellung maßgeblichen Grundgehaltes der Besoldung aus der Besoldungsgruppe W 3.
- (7) Über die Gewährung von Funktions-Leistungsbezügen nach Abs. 2 Nr. 1-5 entscheidet der Präsident. § 2 Abs. 1 Satz 3-5 HLeistBV gilt entsprechend.

§ 5
Forschungs- und Lehrzulagen

- (1) Professoren, die Mittel privater Dritter für Forschungs- oder Lehrvorhaben der Hochschule einwerben und diese Vorhaben durchführen, kann aus diesen Mitteln für den Zeitraum, für den die Drittmittel gezahlt werden, eine Zulage gewährt werden, soweit der Drittmittelgeber Mittel für diesen Zweck ausdrücklich vorgesehen hat.
- (2) In einem Kalenderjahr dürfen an einen Professor höchstens bis zu 100 von Hundert seines Jahresgrundgehaltes bewilligt werden.
- (3) Forschungs- und Lehrzulagen können als Monatsbeträge oder als Einmalzahlung gewährt werden. Sie nehmen nicht an der regelmäßigen Besoldungsanpassung teil und sind nicht ruhegehaltstfähig.
- (4) Die der Forschungs- und Lehrzulage zugrunde liegende Tätigkeit ist nicht auf die Lehrverpflichtung anzurechnen.
- (5) Anträge können nur berücksichtigt werden, soweit nicht aus demselben Anlass eine Leistungszulage gem. § 3 Abs. 1 für den Erwerb von Drittmitteln gewährt wird.

§ 6
Antragsverfahren

- (1) Der Antrag über die Gewährung eines Leistungsbezuges sowie einer Forschungs- und Lehrzulage ist beim Präsident einzureichen.
- (2) Der Präsident entscheidet über den Antrag nach Stellungnahme des Dekans und des Fakultätsrates. Der Kanzler oder der für die Leitung der Verwaltung zuständige Vizepräsident wirkt beratend mit und bereitet die Entscheidung vor. § 9 der Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt.
- (3) Der Präsident entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen unter Beachtung des Leistungs- und Gleichbehandlungsgrundsatzes über die Anträge.

§ 7
Vergabeverfahren

- (1) Die Vergabe der Leistungsbezüge erfolgt auf schriftlichen Antrag gem. § 6.
- (2) Berufungs-Leistungsbezüge

Vor Aufnahme von Verhandlungen über Berufungs-Leistungsbezüge sollen die Berufenen schriftlich ihre Gehaltsvorstellungen abgeben.

In der schriftlichen Stellungnahme des Dekans ist insbesondere auf die individuelle Qualifikation des Berufenen, die Bewerberlage und die Arbeitsmarktsituation im jeweiligen Fach einzugehen.

(3) Bleibe-Leistungsbezüge

Der Antrag auf Gewährung von Bleibe-Leistungsbezügen setzt voraus, dass der Professor den Ruf einer anderen Hochschule vorlegt oder das Einstellungsangebot eines anderen Arbeitgebers glaubhaft macht.

In der schriftlichen Stellungnahme des Dekans ist auf die individuellen Leistungen des Professors, die Bewerberlage und die Arbeitsmarktsituation im jeweiligen Fach einzugehen.

Die schriftliche Stellungnahme des Fakultätsrates bewertet die Ergebnisse der Lehr- und Forschungsevaluation.

(4) Besondere Leistungsbezüge

Besondere Leistungsbezüge sind bis zum 30.04. des Jahres (Ausschlussfrist) über den Dekan beim Präsident zu beantragen. Dem Antrag ist ein ausführlicher Selbstbericht des Professors über die für die Gewährung der Leistungsbezüge relevanten Tätigkeiten der zurückliegenden letzten Jahre beizufügen.

In der schriftlichen Stellungnahme des Dekans sind die individuellen Leistungen der letzten drei Jahre und die Mitwirkung bei der Erfüllung von Zielvereinbarungen zu bewerten. Insbesondere ist zu begründen, inwieweit die zu bewertenden Leistungen erheblich über dem Durchschnitt liegen.

Die schriftliche Stellungnahme des Fakultätsrates bewertet die Ergebnisse der Lehr- und Forschungsevaluation.

(5) Forschungs- und Lehrzulage

Der Bewilligungsbescheid eines privaten Drittmittelgebers muss explizit die Gewährung einer Forschungs- und Lehrzulage, deren Höhe sowie Beginn und Ende des Zeitraums, für den sie bewilligt wurde, enthalten. Der Bewilligungsbescheid ist dem Antrag beizufügen. Private Drittmittelgeber sind juristische Personen des bürgerlichen Rechts, Stiftungen, deren Kapital ganz oder überwiegend in privater Hand ist und Privatpersonen.

Die Kosten des Forschungs- und Lehrvorhabens müssen gemäß Bewilligungsbescheid – unabhängig von der beantragten Forschungs- und Lehrzulage – vollständig gedeckt sein. Sollte sich im Laufe des Vorhabens eine Finanzierungslücke auftun, die vom privaten Drittmittelgeber nicht gedeckt wird, ist der Professor verpflichtet, diese aus der bewilligten Forschungs- und Lehrzulage abzudecken.

Das gesamte Drittmittelvorhaben – einschließlich der Forschungs- und Lehrzulage – ist über die Konten der Hochschule abzuwickeln. Die Forschungs- und Lehrzulage wird erst dann ausbezahlt, wenn die entsprechenden Zuwendungen des privaten Drittmittelgebers auf dem Konto der Hochschule eingegangen sind.

§ 8
Kontingentierung der Leistungsbezüge

Mindestens 25 vom Hundert des Vergaberahmens sollen hochschulweit auf besondere Leistungsbezüge entfallen.

§ 9
Verfahren für die Vergabe einmaliger besonderer Leistungsbezüge

- (1) Aus dem Kontingent des § 8 können außerhalb des turnusmäßigen Verfahrens für besondere Leistungen in Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung und Nachwuchsförderung, die erheblich über dem Durchschnitt liegen und über mehrere Jahre erbracht sein müssen, einmalige Leistungsbezüge gewährt werden.
- (2) § 6 und § 7 Abs. 4 gelten mit Ausnahme der Ausschlussfrist entsprechend.

§ 10
Ruhegehaltsfähigkeit

- (1) Befristet gewährte und jeweils mindestens für die Dauer von zehn Jahren bezogene Berufs- und Bleibe-Leistungsbezüge sowie besondere Leistungsbezüge können zusammen mit unbefristeten vorbehaltlich des Absatzes 2 bis 40 von Hundert des jeweiligen Grundgehaltes für ruhegehaltsfähig erklärt werden. Bei mehreren befristeten Leistungsbezügen wird der für den Beamten günstigste Betrag als ruhegehaltsfähiger Dienstbezug berücksichtigt.
- (2) Berufs- und Bleibe-Leistungsbezüge sowie besondere Leistungsbezüge können über den Vom-Hundert-Satz nach Abs. 1 zusammen höchstens für
 - 2,5 vom Hundert der Inhaber von W 2- oder W 3-Planstellen bis zur Höhe von 50 vom Hundert des Grundgehalts,
 - 2,5 vom Hundert der Inhaber von W 2- oder W 3-Planstellen bis zur Höhe von 60 vom Hundert des Grundgehalts,
 - 2,5 vom Hundert der Inhaber von W 2- oder W 3-Planstellen bis zur Höhe von 80 vom Hundert des Grundgehalts,für ruhegehaltsfähig erklärt werden.
- (3) In den Fällen des Abs. 1 entscheidet auf schriftlichen Antrag der Präsident. In den Fällen des Abs. 2 entscheidet auf schriftlichen Antrag der Präsident im Einvernehmen mit dem für die Hochschule zuständigen Mitglied der Landesregierung.
- (4) Die Entscheidungsgründe sind aktenkundig zu machen. § 6 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 11
In-Kraft-Treten

Diese Satzung wurde durch den Senat der Hochschule am 20.03.2012 verabschiedet und tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Hochschule in Kraft. Gleichzeitig tritt die vom Senat am 07.11.2005 verabschiedete Satzung außer Kraft.

Senftenberg, 22.03.2012

gez. Dipl.-Lehrer Ilka Bichbeimer
Vorsitzende des Senats

gez. Prof. Dr. Günter H. Schulz
Präsident der Hochschule Lausitz (FH)